

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales (GGSA/X-008/2017)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 28.08.2017, 15:05 Uhr bis 17:09 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten
2.	Aktuelle Situation der Asylbewerber im Landkreis Darmstadt-Dieburg
2.1.	Erstattung Kosten Sicherheitsdienst für unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer (umA) in Affhöllerbach Vorlage: 0883-2017/DaDi
2.2.	Quotenabrechnung aufzunehmender Flüchtlinge für das 2. Quartal Vorlage: 0926-2017/DaDi
3.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
3.1.	Beitritt des Landkreises Darmstadt-Dieburg zur Hospiz Charta Vorlage: 0785-2017/DaDi
3.2.	Deutschkurse für Flüchtlinge - Antrag FW-PP Vorlage: 0141-2016/DaDi
3.3.	Flüchtlingsunterbringung - Antrag CDU Vorlage: 0345-2016/DaDi
3.4.	Zusammenlegung der Pflegeschulen - Antrag CDU Vorlage: 0410-2016/DaDi
3.5.	Flüchtlingshilfe zum Führerscheinerwerb - Antrag des Abg. Sobich (AfD) Vorlage: 0973-2017/DaDi
3.6.	Keine Hartz IV Sanktionen für Familien mit Minderjährigen - Antrag Die Linke Vorlage: 0982-2017/DaDi

3.6.1.	Keine Hartz IV Sanktionen für Familien mit Minderjährigen - Änderungsantrag FW-PP Vorlage: 1032-2017/DaDi
3.7.	Geschäftsführung Senio-Verband - Antrag CDU Vorlage: 0989-2017/DaDi
3.8.	Senio Zweckverband - Antrag SPD, Grüne, FDP Vorlage: 0996-2017/DaDi
3.9.	Wohnraum für einkommensschwache Mitbürger - Antrag FW-PP Vorlage: 0997-2017/DaDi
3.10.	Eingespielte Flüchtlingsbetreuung - Antrag FW-PP Vorlage: 1000-2017/DaDi
3.11.	Resolution gegen Rentenarmut - Antrag Die Linke Vorlage: 0978-2017/DaDi
4.	Kenntnisnahmen
4.1.	Förderung Demenzarbeit Vorlage: 0880-2017/DaDi
4.2.	Tätigkeitsbericht des Interkulturellen Büros Vorlage: 0796-2017/DaDi
4.3.	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (April 2017) Vorlage: 0853-2017/DaDi
4.4.	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (Mai 2017) Vorlage: 0881-2017/DaDi
5.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Frau Gül Karatas	
Frau Gudrun Kirchhöfer	Vertreterin für Abg. Knoke, Joachim
Frau Anke Paul	
Frau Karin Spalt	
Frau Gabriele Winter	
Fraktion der CDU	
Frau Marita Keil	
Frau Anna Elena Resch	
Herr Dr. Werner Thomas	bis TOP 3.8 (16:38 Uhr)
Frau Brigitte Zachertz	ab TOP 1 (15:09 Uhr) bis TOP 3.8 (16:38 Uhr)
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Herr Christian Grunwald	
Frau Susanne Hoffmann-Maier	
Fraktion der AfD	
Herr Eduard Neudert	Vertreter für Abg. Sobich, Jürgen
Fraktion der FDP	
Herr Dr. Albrecht Achilles	
Fraktion der FW-PP	
Herr Christoph Zwickler	
Fraktion von Die Linke	
Herr Werner Bischoff	
Kreistagspräsidium	
Herr Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Friedrich Battenberg	
Herr Fraktionsvorsitzender Wilhelm Reuscher	bis TOP 3.11 (17:10 Uhr)
Frau Bärbel van Dijk	
Frau Kreistagsvorsitzende Dagmar Wucherpennig	bis TOP 3.8 (16:38 Uhr)
Kreisausschuss	
Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	ab TOP 3.2 (15:23 Uhr) bis TOP 3.8 (16:40 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	
Frau Kreisbeigeordnete Angelika Dahms	
Herr Kreisbeigeordneter Marco Hesser	bis TOP 3.9 (16:42 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	bis TOP 3.10 (17:06 Uhr)
Herr Kreisbeigeordneter Frank Klock	bis TOP 3.10 (17:11 Uhr)
Herr Kreisbeigeordneter Thomas Lindgren	bis TOP 3.8 (16:38 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Jessika Tips	bis TOP 3.9 (16:42 Uhr)
beratende Mitglieder	
Herr Günter Christ	Seniorenbeauftragter
Frau Linda Patricia Ross	Kreisausländerbeirat
Verwaltung	
Frau Monika Abendschein	

Anwesende
Herr Roman Gebhardt
Frau Sabine Hahn
Frau Nicole Hantsche
Herr Götz Hauptmann
Herr Michael Hutterer
Frau Charlotte Kroll
Frau Cathrin Lorenz
Herr Steffen Petry
Frau Annika Schmid
Frau Cornelia Schuster
Frau Susanne Stockhardt
Frau Ute von Massow

Abwesende
Fraktion der SPD
Herr Bürgermeister Joachim Knoke
Fraktion der AfD
Herr Fraktionsvorsitzender Jürgen Sobich

Vorsitzende Paul stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist beschlussfähig.
3. **Vorsitzende Paul** verweist auf die Tagesordnung und schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3.7 (Vorlage-Nr. 0989-2017/DaDi) und 3.8 (Vorlage-Nr. 0996-2017/DaDi) gemeinsam zu beraten. Sie stellt fest, dass sich von Seiten des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales hiergegen kein Widerspruch erhebt. Weitere Änderungswünsche werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 7. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales wurden nicht erhoben.
5. Schriftführerin ist Cathrin Lorenz.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten**

Beschluss:

Vorsitzende Paul verweist auf die als Tischvorlage verteilten und als Anlage 1 zur Niederschrift beigefügten Informationen des Büros für Chancengleichheit. **Frau Abendschein** gibt hierzu weitere Erläuterungen.

Frau Abendschein erläutert Zahlen aus dem als Anlage 2 zur Niederschrift beigefügten Bericht „Hessischer Lohnatlas“ und weist auf die Zusammenfassung der Themenfelder der Klausurtagung der Frauenkommission hin. Diese ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

Die vorliegende Informationsbroschüre „Wiedereinstieg nach familienbedingter Berufsunterbrechung“ ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Aktuelle Situation der Asylbewerber im Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss:

Vorsitzende Paul verweist auf die als Tischvorlage verteilten und als Anlage 5 zur Niederschrift beigefügten Informationen zur aktuellen Situation der Asylbewerber im Landkreis Darmstadt-Dieburg. **Kreisbeigeordnete Lück** gibt hierzu ergänzende Informationen.

Auf Nachfrage von **Abg. Neudert** (AfD) zur Aufschlüsselung der ausreisenden Personen nach Nationalitäten (Anlage 5, Seite 7) gibt **Kreisbeigeordnete Lück** zu Protokoll, dass die Daten zur Nationalität der freiwillig ausreisenden Personen vom Land Hessen nicht zur Verfügung gestellt werden.

Beschluss zu TOP 2.1.

Vorlage-Nr.: 0883-2017/DaDi

Aktenzeichen: 413-002

Betreff: **Erstattung Kosten Sicherheitsdienst für unbegleitete minderjährige
Ausländerinnen und Ausländer (umA) in Affhöllerbach**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschluss:**

Es werden 25.305,27 Euro an den Träger der Einrichtung für unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer in Affhöllerbach (Odenwaldkreis), die AWO Bezirksverband Hessen-Süd e.V. für den Einsatz von Sicherheitspersonal ausbezahlt.

Die Mittel stehen haushaltsrechtlich unter dem Produkt 1.06.03.04.11, Sachkonto 7251000 zur Verfügung

Finanzielle Auswirkungen:

Soweit keine Kostenerstattung durch das Land Hessen erfolgt, belastet der Betrag von 25.305,27€ den Haushalt des Landkreises.

Produkt: 1.06.03.04.11 unbegleitete minderjährige Ausländer (umA)
Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2017	2018	2019
Sachkonto: 7251000	25.305,27 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	2017	2018	2019
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 2.2.

Vorlage-Nr.: 0926-2017/DaDi

Aktenzeichen: 450-003

Betreff: **Quotenabrechnung aufzunehmender Flüchtlinge für das 2. Quartal**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Lück gibt die Quotenabrechnung aufzunehmender Flüchtlinge für das 2. Quartal 2017 sowie die Prognose aufzunehmender Flüchtlinge für das 3. Quartal 2017 zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagsitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 3.1.

Vorlage-Nr.: 0785-2017/DaDi

Aktenzeichen: 419-008

Betreff: **Beitritt des Landkreises Darmstadt-Dieburg zur Hospiz Charta**Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Kreisbeigeordnete Lück gibt weitere Informationen.

Beschlussvorschlag:

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg tritt der als Anlage beigefügten „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland“ bei.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt:
Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2017	2018	2019
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	2017	2018	2019
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

**Detailergebnis,
wenn zutreffend**

	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.2.

Vorlage-Nr.: 0141-2016/DaDi

Aktenzeichen: 413-007

Betreff: **Deutschkurse für Flüchtlinge - Antrag FW-PP**

Beschluss: **erledigt**

Kreisbeigeordnete Lück gibt weitere Erläuterungen.

Vorsitzende Paul lässt über den Vorschlag des **Abg. Grundwald** (Grüne) abstimmen, den Antrag für erledigt zu erklären. Sie stellt fest, dass der Antrag mit Stimmen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der CDU und der AfD, bei Enthaltung der Freie Wähler-Piraten und von Die Linke für erledigt erklärt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die VHS des Landkreises Darmstadt Dieburg mit der Organisation und Durchführung von Deutschkursen für Flüchtlinge dezentral in den Städten und Gemeinden des Landkreises zu beauftragen, um allen Flüchtlingen adäquate Möglichkeiten anzubieten. Dabei sind die ehrenamtlichen Aktivitäten soweit gewünscht zu integrieren.

Beschluss zu TOP 3.3.

Vorlage-Nr.: 0345-2016/DaDi

Aktenzeichen: 490-001

Betreff: **Flüchtlingsunterbringung - Antrag CDU**

Beschluss: **erledigt**

Kreisbeigeordnete Lück gibt weitere Erläuterungen.

Abg. Keil (CDU) schlägt vor, den Antrag für erledigt zu erklären.

Vorsitzende Paul stellt das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest, den Antrag für erledigt zu erklären.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis stellt den Kommunen, die kommunale Einrichtungen zur Unterbringung von asylsuchenden Menschen bereitstellen und betreiben, hinsichtlich des Tagessatzes den privat angemieteten Unterkünften gleich und zahlt mindestens einen Tagessatz von 12,50€.

Beschluss zu TOP 3.4.

Vorlage-Nr.: 0410-2016/DaDi

Aktenzeichen: 229-004

Betreff: **Zusammenlegung der Pflegeschulen - Antrag CDU**

Beschluss: **erledigt**

Landrat Schellhaas gibt weitere Erläuterungen.

Auf Nachfrage des **Abg. Bischoff** (Linke), wie viele Personen jeweils in der Krankenpflegeschule und in der Altenpflegeschule beschäftigt sind, gibt **Landrat Schellhaas** folgende Informationen zu Protokoll:

Im Bildungszentrum für Gesundheit der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg GmbH, kurz Bildungszentrum, sind sieben Lehrkräfte (5,35 Vollkräfte) beschäftigt und eine Sekretärin in Teilzeit mit 50 %. Zusätzlich steht dem Bildungszentrum eine hauptamtliche Praxisanleiterin, die in der Kreisklinik GmbH beschäftigt ist, mit einem Stellenanteil von 0,75 VK zur Verfügung. Aufgabe der hauptamtlichen Praxisanleitung ist, die Auszubildenden in ihrer praktischen Ausbildung im Krankenhaus zu begleiten und den Praxisanleitern auf Station als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Ferner ist die hauptamtliche Praxisanleitung eine wichtige Schnittstelle in der Ausbildung zwischen Theorie und Praxis.

In der Altenpflegeschule des SENIO-Verbandes sind sechs Personen beschäftigt.

Vorsitzende Paul lässt über den Vorschlag der **Abg. Winter** (SPD) abstimmen, den Antrag für erledigt zu erklären. Sie stellt fest, dass der Antrag mit Stimmen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP, bei Ablehnung der CDU, der AfD und der Freie Wähler-Piraten und bei Enthaltung von Die Linke für erledigt erklärt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert die Möglichkeit zur Zusammenlegung der Krankenpflegeschule mit der Altenpflegeschule des Senio-Zweckverbandes zu prüfen, dass der Landkreis die Schulträgerschaft übernimmt. Die Ergebnisse sind dem Kreistag zur weiteren Beratung vorzulegen.

Beschluss zu TOP 3.5.

Vorlage-Nr.: 0973-2017/DaDi

Aktenzeichen: 413-012

Betreff: **Flüchtlingshilfe zum Führerscheinerwerb - Antrag des Abg. Sobich (AfD)**

Beschluss: **zurückgezogen**

Abg. Neudert (AfD) teilt mit, dass der Antrag zurückgezogen wird und gibt folgende Erklärung zu Protokoll:

„Herr Jürgen Sobich zieht seinen Antrag 0973-2017/DaDi zurück zwecks Prüfung, inwieweit eine solche Leistung in der Größenordnung von drei Millionen Euro (SK 6179000) auch Deutschen zukommt.“

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuß möge aus den beschlossenen Haushaltsmittel im Produkt 050908 (Sozialbetreuung Flüchtlinge) für 46 Flüchtlinge mit Bleiberecht aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg den Führerscheinerwerb (B, BE und C1) einschließlich der Nebenkosten (Sehtest, Ersthelferausbildung, Gebühren) bereitstellen und die Auftragsvergabe an eine Fahrschule veranlassen.

Beschluss zu TOP 3.6.

Vorlage-Nr.: 0982-2017/DaDi

Aktenzeichen: 412-012

Betreff: **Keine Hartz IV Sanktionen für Familien mit Minderjährigen - Antrag Die Linke**

Beschluss: **abgelehnt**

Vorsitzende Paul weist darauf hin, dass mit dem Antrag immer auch eine schriftliche Begründung einzureichen ist.

Kreisbeigeordnete Lück gibt weitere Erläuterungen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag fordert den Kreis Ausschuss auf, in Gesprächen mit der Kreisagentur für Beschäftigung hinzuwirken, dass bei Familien mit minderjährigen Kinder unter 18 Jahren im Landkreis Darmstadt Dieburg keine Sanktionen (10% - 30 % - 60% - 100 %) umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.6.1.

Vorlage-Nr.: 1032-2017/DaDi

Aktenzeichen: 412-012

Betreff: **Keine Hartz IV Sanktionen für Familien mit Minderjährigen -
Änderungsantrag FW-PP**

Beschluss: **abgelehnt**

Abg. Zwickler (FW-PP) bringt einen Änderungsantrag ein:

„Der Kreistag bittet die Kreisagentur für Beschäftigung, alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um Hartz IV-Sanktionen für Familien mit minderjährigen Kindern zu vermeiden.“

Vorsitzende Paul schlägt vor, diesen als Tagesordnungspunkt 3.6.1 mit auf die Tagesordnung zu nehmen und stellt hierzu das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag bittet die Kreisagentur für Beschäftigung, alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um Hartz IV-Sanktionen für Familien mit minderjährigen Kindern zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Die Linke	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.7.

Vorlage-Nr.: 0989-2017/DaDi

Aktenzeichen: 415-001

Betreff: **Geschäftsführung Senio-Verband - Antrag CDU**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Landrat Schellhaas gibt weitere Erläuterungen.

Vorsitzende Paul stellt nach ausführlicher Diskussion das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest, keine Beschlussempfehlung herbeizuführen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg, als größter Anteilseigner des Senio-Zweckverbandes, betreibt die sofortige Ablösung der Senio-Geschäftsführung aus dem operativen Geschäft. Darüber hinaus setzt sich der Landkreis Darmstadt-Dieburg dafür ein, dass die derzeitige Geschäftsführung nach Abschluss der noch ausstehenden Arbeiten wie z. B. der Jahresabschlüsse keine weitere Beauftragung mehr erhält.
2. Die vom Kreistag Darmstadt-Dieburg in die Senio-Zweckverbandsversammlung entsandten Mitglieder werden durch den Kreistag verpflichtet sich aus dem Punkt 1. resultierenden Beschlüssen zuzustimmen.
3. Die Überführung des Senio-Zweckverbandes und der Gersprenz gGmbH in eine Stiftung ist zu prüfen. Die Resultate der Prüfung sind umgehend dem Kreistag über die Fachausschüsse bekanntzugeben.

Beschluss zu TOP 3.8.

Vorlage-Nr.: 0996-2017/DaDi

Aktenzeichen: 415-001

Betreff: **Senio Zweckverband - Antrag SPD, Grüne, FDP**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Landrat Schellhaas gibt weitere Erläuterungen.

Vorsitzende Paul stellt nach ausführlicher Diskussion das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest, keine Beschlussempfehlung herbeizuführen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Vorstand des Senio-Zweckverbands wird aufgefordert, dem Kreistag umgehend einen Bericht über die Fehlentwicklungen und Entscheidungen bei dem Projekt Groß-Bieberau „Römerbad“ vorzulegen. Das gilt insbesondere für folgende Punkte:
 - Die Vertragsschließungen mit (zukünftigen) Bewohnern, die nach den vorliegenden Informationen einen festen Bezugstermin zusicherten, ohne dass dementsprechende Rückversicherungen mit den beauftragten bauausführenden Firmen, bzw. Bauleitern vereinbart wurden.
 - Die Gestattung des Einzugs in Wohnungen der Anlage ohne vorliegende Bauabnahme und Betriebsgenehmigung.
 - Die Überwachung der a) technischen/ bautechnischen und b) finanziellen Abwicklung des Bauvorhabens.
2. Der Vorstand des Senio-Zweckverbands wird aufgefordert, den Kreistag über den Umsetzungsstand des vom Senio-Vorstand erstellten und von der Verbandsversammlung beschlossenen Strategiepapier zu informieren - insbesondere die Punkte Zukunft der Altenpflegeschule, der Gersprenz gGmbH und des Verbandes allgemein.
3. Die Vertreter/-innen des Landkreises in den Gremien von SENIO – Zweckverband sollen darauf hinwirken, dass nach Erfüllung seiner ursprünglichen Zweckbestimmung der SENIO-Zweckverband über Modalitäten seiner Auflösung berät und vorbereitende Beschlüsse fasst. Alternativ sollen die Vertreter/-innen des Landkreises in den Gremien von SENIO – Zweckverband darauf hinwirken, dass zügig Verhandlungen über eine Beendigung der Mitgliedschaft des Landkreises in dem Zweckverband aufgenommen werden.
4. Der Vorstand des Senio-Zweckverbands wird aufgefordert, keine neuen Projekte mehr zu initiieren.

Beschluss zu TOP 3.9.

Vorlage-Nr.: 0997-2017/DaDi

Aktenzeichen: 416-005

Betreff: **Wohnraum für einkommensschwache Mitbürger - Antrag FW-PP**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg beschließt, daß der Landkreis Darmstadt-Dieburg für vorerst 300 neu zu schließende Wohnungsmietverträge selbstschuldnerische Mietbürgschaften ausreicht, um bislang ungenutztes Wohnraumpotential zu heben. Die auf diese Art geförderte Vermietung von Wohnraum ist daran geknüpft, daß die Miethöhen die einschlägigen Förderhöchstgrenzen einhalten und daß die Mieter die Bedingungen erfüllen, um eine Sozialwohnung beziehen zu dürfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.10.

Vorlage-Nr.: 1000-2017/DaDi

Aktenzeichen: 413-013

Betreff: **Eingespielte Flüchtlingsbetreuung - Antrag FW-PP**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Kreisbeigeordnete Lück gibt weitere Erläuterungen und sagt zu, die schriftliche Stellungnahme zu der vergaberechtlichen Prüfung den Abgeordneten zur Kenntnis zu geben, sobald diese vorliegt.

Abg. Winter (SPD) schlägt vor, für diesen Antrag bis zur Vorlage des Gutachtens keine Beschlussempfehlung auszusprechen.

Vorsitzende Paul stellt das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest, keine Beschlussempfehlung herbeizuführen.

Beschlussvorschlag:

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg verlängert vorerst für diejenigen Gemeinden, die eine Fortsetzung der Betreuung der bei ihnen untergebrachten Flüchtlinge durch das Diakonische Werk (DW) bzw. den Sozialkritischen Arbeitskreis (SKA) ausdrücklich wünschen, die bestehenden Verträge mit dem DW bzw. SKA.

Beschluss zu TOP 3.11.

Vorlage-Nr.: 0978-2017/DaDi

Aktenzeichen: 490-003

Betreff: **Resolution gegen Rentenarmut - Antrag Die Linke**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Darmstadt Dieburg fordert die hessische Landesregierung auf, sich mit einer entsprechenden Bunderatsinitiative für Maßnahmen einzusetzen, die die finanziellen Rahmenbedingungen für eine Lebensstandard sichernde Rente in Höhe von 53 Prozent des Nettolohnes auf Basis von 40 Versicherungsjahren und einer Mindestrente von 1050 € netto zukünftig sicher stellen. Weiterhin fordert der Kreistag Darmstadt-Dieburg:

- Ab 65 Jahre eine abschlagsfreie Rente. Eine Rente mit 60 nach 40 Beschäftigungsjahren.
- Die Zeiten der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege besser anrechnen.
- Die Beitragsbemessungsgrenzen drastisch anheben.
- Für jedes Kind drei Entgeltpunkte (=90 €) dem Rentenkonto gutschreiben.
- Die Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten sollen – auch für Bestandsrentner - abgeschafft werden.
- Solange die Forderung einer Mindestrente nicht umgesetzt ist, sollte für alle RentnerInnen die Möglichkeit einer Ausgleichszahlung von Rentenabschlägen bestehen, um Armut im Alter zu verhindern.

Die Finanzierung erfolgt dadurch, dass alle Erwerbseinkommen Beiträge zur Rentenversicherung leisten müssen. Selbständige, Freiberufler, Berufspolitiker, Beamte, Manager müssen hier ebenso Beiträge leisten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> 1	<input checked="" type="checkbox"/> 1
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Abg. Dr. Achilles (FDP) beteiligt sich nicht an der Abstimmung.

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 4.1.

Vorlage-Nr.: 0880-2017/DaDi
 Aktenzeichen: 414-002
 Betreff: **Förderung Demenzarbeit**
 Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Der Gewährung einer Kreiszuwendung für das Projekt Demenzservicezentrum (DSZ) des Trägers Diakonisches Werk Darmstadt-Dieburg in Höhe von jährlich 20.000,00 Euro wird zugestimmt.

Der Gewährung einer Kreiszuwendung für den Verein DemenzForumDarmstadt e. V. in Höhe von jährlich 10.000,00 Euro wird zugestimmt.

Diese Mittel sind erstmals im Haushaltsjahr 2018 bereitzustellen.

Sie stehen im Haushaltsplan 2018 und Folgende vorbehaltlich der Beschlussfassung im Kreistag und der Genehmigung durch das Regierungspräsidium zur Verfügung.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.05.06.01
 Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2017	2018	2019
Sachkonto: 7128000	0,00 EUR	30.000,00 EUR	30.000,00 EUR
Erträge	2017	2018	2019
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 4.2.

Vorlage-Nr.: 0796-2017/DaDi

Aktenzeichen: 450-006

Betreff: **Tätigkeitsbericht des Interkulturellen Büros**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Lück gibt den Tätigkeitsbericht des Interkulturellen Büros zur Kenntnis.

Das Interkulturelle Büro stellt in einem Tätigkeitsbericht seine Arbeit und die erreichten Ziele dar und gibt einen Ausblick auf die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte.

Beschluss zu TOP 4.3.

Vorlage-Nr.: 0853-2017/DaDi

Aktenzeichen: 412-001

Betreff: **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (April 2017)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas berichtet, dass die Arbeitslosenquote für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Monat April 4,9 % beträgt. Im April 2017 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.792 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 191 Personen mehr als im Vormonat März 2017.

Folgende Übersicht stellt die Entwicklungen der vergangenen vier Monate dar:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	Januar 2017	Februar 2017	März 2017	April 2017
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	4.835 3,0 %	4.944 3,1 %	5.054 3,1 %	5.249 3,3 %
Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	2.751 1,7 %	2.700 1,7 %	2.547 1,6 %	2.543 1,6 %
Arbeitslose - insgesamt -	7.586	7.644	7.601	7.792
Arbeitslosenquote in %	4,7 %	4,8 %	4,7 %	4,9 %

In der Jahresbetrachtung ist die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat (April 2016) um insgesamt 658 Personen gestiegen (die Arbeitslosenquote lag bei 4,5 %). Im April 2016 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.134 Personen arbeitslos gemeldet (4.811 Personen bzw. 3,0 % im Rechtskreis SGB II und 2.323 Personen bzw. 1,5 % im Rechtskreis SGB III).

Für die Leistungsgewährung bei den Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II wird das Einkommen aller Personen herangezogen, die mit dem Leistungsempfänger eine sogenannte Bedarfsgemeinschaft bilden.

Folgende Übersicht beschreibt die Zahl Bedarfsgemeinschaften in den vergangenen vier Monaten:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	Januar 2017	Februar 2017	März 2017	April 2017
Bedarfsgemeinschaften	7.392	7.557	7.681	7.753

Dazu waren im Monat April 2017 bei der Agentur für Arbeit Darmstadt 1.680 freie Stellen in Unternehmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet.

Prozentuale Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt:

	Januar 17	Februar 17	März 17	April 17
Landkreis Darmstadt-Dieburg	4,7	4,8	4,7	4,9
Kreis Bergstraße	3,9	3,9	3,8	3,8
Stadt Darmstadt	6,0	6,0	5,8	5,8
Kreis Groß-Gerau	6,2	5,8	5,8	5,7
Odenwaldkreis	5,5	5,4	5,3	5,3

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt beträgt im Monat April 4,7 %, bei 20.803 Arbeitslosen. Das sind 130 Personen mehr als im Vormonat März 2017.

Beschluss zu TOP 4.4.

Vorlage-Nr.: 0881-2017/DaDi

Aktenzeichen: 412-001

Betreff: **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (Mai 2017)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas berichtet, dass die Arbeitslosenquote für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Monat Mai 4,7 % beträgt. Im Mai 2017 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.709 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 83 Personen weniger als im Vormonat April 2017.

Folgende Übersicht stellt die Entwicklungen der vergangenen vier Monate dar:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	Februar 2017	März 2017	April 2017	Mai 2017
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	4.944 3,1 %	5.054 3,1 %	5.249 3,3 %	5.357 3,3 %
Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	2.700 1,7 %	2.547 1,6 %	2.543 1,6 %	2.352 1,4 %
Arbeitslose - insgesamt -	7.644	7.601	7.792	7.709
Arbeitslosenquote in %	4,8 %	4,7 %	4,9 %	4,7 %

In der Jahresbetrachtung ist die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat (Mai 2016) um insgesamt 658 Personen gestiegen (die Arbeitslosenquote lag bei 4,4 %). Im Mai 2016 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 6.990 Personen arbeitslos gemeldet (4.800 Personen bzw. 3,0 % im Rechtskreis SGB II und 2.190 Personen bzw. 1,4 % im Rechtskreis SGB III).

Für die Leistungsgewährung bei den Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II wird das Einkommen aller Personen herangezogen, die mit dem Leistungsempfänger eine sogenannte Bedarfsgemeinschaft bilden.

Folgende Übersicht beschreibt die Zahl Bedarfsgemeinschaften in den vergangenen vier Monaten:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	Februar 2017	März 2017	April 2017	Mai 2017
Bedarfsgemeinschaften	7.557	7.681	7.753	7.874

Dazu waren im Monat Mai 2017 bei der Agentur für Arbeit Darmstadt 1.780 freie Stellen in Unternehmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet.

Prozentuale Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt:

	Februar 17	März 17	April 17	Mai 17
Landkreis Darmstadt-Dieburg	4,8	4,7	4,9	4,7
Kreis Bergstraße	3,9	3,8	3,8	3,7
Stadt Darmstadt	6,0	5,8	5,8	5,9
Kreis Groß-Gerau	5,8	5,8	5,7	5,4
Odenwaldkreis	5,4	5,3	5,3	5,0

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt beträgt im

Monat Mai 4,6 %, bei 20.645 Arbeitslosen. Das sind 158 Personen weniger als im Vormonat April 2017.

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Es liegen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Vorsitzende Paul schließt die Sitzung um 17:09 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 4. September 2017

Für die Ausfertigung

gez. Anke Paul
Anke Paul
Vorsitzende

gez. Cathrin Lorenz
Cathrin Lorenz
Schriftführerin